

Die skandalösen Maskendeals der CSU



Söder kopiert erneut die AfD: „Klimaziel 2040“ gestoppt!

AfD wirkt! Söder übernimmt im Wahlkampf verzweifelt immer mehr AfD-Forderungen. Jetzt hat er sogar das bayerische Klimaziel 2040 gekippt. Dieses weltfremde Ziel hatte Söder im letzten Wahlkampf angekündigt, als

man mit grüner Politik noch punkten konnte. Kaum dreht sich der politische Wind, entsorgt auch der Ministerpräsident seine eigenen Versprechungen von damals.

Wer also noch einen weiteren Beweis für die politische Unzuverlässigkeit der CSU braucht, hat ihn hiermit bekommen. Es ist natürlich richtig, dass dieses lächerliche „Klimaziel“ endlich beerdigt wird. Es ist nur ganz einfach unglaublich, dass Söder ausgerechnet im Wahlkampf damit um die Ecke kommt.

Ein ähnliches Verwirrspiel hat Söder bereits im Hinblick auf das staatliche Verbrennerverbot aufgeführt. So legte er es zunächst auf 2020, dann auf 2035 und schließlich ad acta. Die AfD hat sich hingegen nie den Grünen angebiedert und den Verbrenner stets verteidigt. „Als einzige Partei steht die Alternative für Deutschland zu ihrem Programm – und bietet sich nicht künstlich erzeugten Stimmungen an“, so der Neu-Ulmer Direktkandidat Gerd Mannes (AfD).

Bayerische Staatsregierung befürwortet völlig überzogene Hausdurchsuchungen bei Bürgern mit kritischer Meinung

Kurz vor der bundesweit bekannt gewordenen Hausdurchsuchung bei einem Rentner aus Franken war es in Bayern zu einem weiteren fragwürdigen Vorfall gekommen. Die Polizei durchsuchte die Wohnung einer Frau bei Würzburg und beschlagnahmte mehrere elektronische Geräte. Die „Beschuldigte“ selbst war zu diesem Zeitpunkt bereits in der Arbeit und wurde dort von den Beamten über die erfolgte Durchsuchung aufgeklärt - so, dass alle Kollegen es mitbekommen mussten.

Was hatte die Dame getan? Sie hatte eine Bildmontage geteilt, auf der Scholz, Habeck etc. satirische (aber völlig harmlose) Zitate zugeschrieben werden. Diese harmlose Regierungskritik genügte der bayerischen Justiz, um die Polizei früh morgens in die Wohnung der Frau zu schicken. Mit einer parlamentarischen Anfrage hat MdL Gerd Mannes die Staatsregierung gefragt, wie sie zu solchen übergriffigen Sauerereien steht. Die Antwort des Bayerischen Innenministeriums beweist, dass

man mit dem Vorgehen völlig einverstanden ist und es auch in Zukunft so handhaben wird:

„Durch eine konsequente Verfolgung von strafbarem Hass wirkt die bayerische Justiz demokratiegefährdenden Entwicklungen entgegen.“

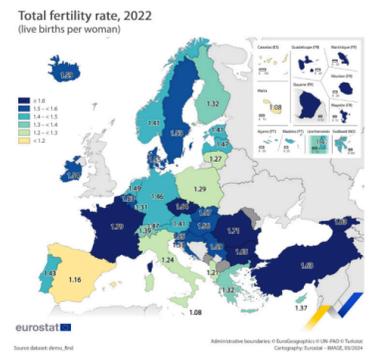
Eine Regierung, die wegen solchen Lappalien ihre eigenen Bürger terrorisiert, hat sich meilenweit von unserem Grundgesetz entfernt. Die CSU ist moralisch am Ende und mittlerweile selbst demokratiegefährdend – die Meinungsfreiheit ist in Gefahr!

Die AfD will eine Willkommenskultur für Kinder einführen

Die Geburtenraten in Deutschland und Europa sind im Keller. Kein einziges Land liegt mehr über dem Wert von 2,1 Geburten pro Frau, ab dem die Bevölkerungszahl stabil bleibt. Seit 2020 sind die Geburten stark gesunken. Deutschland kommt aktuell nur noch auf einen Wert von 1,5 - das ist viel zu wenig.

Die AfD will deswegen eine radikal familienfreundliche Politik umsetzen. Gerd Mannes, AfD-Direktkandidat für Neu-Ulm, sagt dazu: „Mit unserer neuen Steuerpolitik werden wir

es ermöglichen, dass Familien vor allem mit Kleinkindern von einem Gehalt leben können. Eltern können dann frei zwischen Berufstätigkeit oder Erwerbspause entscheiden. Zusätzlich fordern wir Wohneigentumsförderung für Familien, Ehestart-Kredite mit Teilerlass für jedes Kind und BAFöG-Rückzahlungserlasse für junge Familien. Das und vieles mehr werden wir angehen, wenn uns die Wähler den Auftrag dazu geben. Dafür braucht es endlich eine Regierungsbeteiligung der AfD.“



Kurzmeldungen

Austauschpflicht für Heizungen kaum abgeschwächt – das Gebäudeenergiegesetz bleibt ein brutales Enteignungsinstrument

Die Aufweichung des Bestandschutzes im Gebäudesektor raubt Familien jede Planungssicherheit. Die Austauschpflicht für Heizungen ist hier nur ein weiteres Beispiel für diese übergriffige Politik des Altparteienumpfes.

Das Gebäudeenergiegesetz wurde im Bundesrat mit Zustimmung von CSU und Freien Wählern beschlossen. Die Hausbesitzer im Freistaat können sich also bei der Staatsregie-

rung für die schleichende Enteignung ihres Eigentums bedanken. Die Austauschpflicht wird früher oder später jeden Betreiber einer Öl- oder Gasheizung treffen. Je nach verwendeter Ersatztechnologie werden damit Investitionen im sechsstelligen Bereich fällig – einen vergleichbaren Eingriff in das Privatvermögen hat es seit dem Lastenausgleich der Nachkriegszeit nicht mehr gegeben. Wenn die Presse in diesen Tagen also von einem abge-

schwächten Gesetz spricht, dann ist das nur die halbe Wahrheit. Die Enteignung kommt – für den einen Hausbesitzer früher, für den anderen später. Die AfD hat sich mit allen Mitteln und zahlreiche Anträge gegen den Enteignungswahnsinn eingereicht. Trotzdem haben die Kartellparteien sich auf eine Austauschpflicht und ein Einbauverbot neuer Gas- und Ölheizungen ab 2025 geeinigt.

FDP und Grüne stürzen ab – die AfD im Aufwind

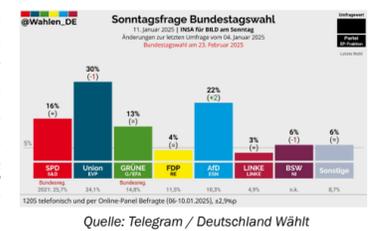
Finanzminister Christian Lindner (FDP) hatte kurz vor der Regierungskrise ein Positionspapier zur Wirtschafts- und Finanzpolitik vorgelegt. Das Konzept enthält zahlreiche Forderungen der AfD, zum Beispiel zu Steuersenkungen und Bürokratieabbau.

Mit dieser „Wirtschaftswende Deutschland“ will Lindner angeblich unsere Wirtschaft vor den grünen Fantasien seiner Koalitionspartner retten. Das ist aber ein reines Täuschungsmanöver. Tatsächlich geht es dem FDP-Chef einfach nur darum, dass seine Partei bei den nächsten Wahlen nicht aus dem Bundestag fliegt. Lindner hatte jetzt drei Jahre lang Zeit für eine politische Wende. Die FDP hat stattdessen jeden planwirtschaftlichen Unsinn der Ampel

mitgetragen und ist dafür in den Umfragen auf unter vier Prozent abgestürzt. Jetzt spielt der Finanzminister vor den Wahlen den Quertreiber, nur um nach der Wiederwahl erneut einen linksgrünen Kurs zu fahren. Eine echte politische Wende wird es nur mit der AfD geben.

Auch für die Grünen ist es ein schlechtes Jahr – und damit ein gutes für unsere Heimat. Die grünen Deutschlandfeinde sind 2024 in Thüringen und Brandenburg aus dem Landtag geflogen. In Sachsen schafften sie die Fünfprozenthürde nur knapp mit 5,1 Prozent. Auch in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern würden es die Grünen aktuell nicht mehr in den Landtag schaffen. Die beste Nachricht ist jedoch: Auch auf Bundesebene ist die

Partei der selbsternannten Weltretter nur noch einstellig und käme aktuell nur auf neun Prozent. Die AfD hingegen kennt nur noch eine Richtung: Steil nach oben. Nach den Landtagswahlen in Ostdeutschland geht es auch auf Bundesebene in die richtige Richtung: Dort liegt die AfD stabil auf Platz 2 und käme aktuell auf über 21 Prozent. Eine Regierungsbeteiligung der Blauen rückt damit in greifbare Nähe.



Donald Trump als US-Präsident wiedergewählt

Die konservativen US-Amerikaner atmen auf: Donald Trump hat mit 322 zu 216 Stimmen klar die US-Wahl gewonnen. Sein Erfolg gegen Kamala Harris beweist, dass die linken Sy-

stemmedien in der Gesellschaft auf immer mehr Ablehnung stoßen. Trump hat sich gegen die Propaganda und Zensur auf den großen Digitalplattformen Facebook, Youtube und Google durchgesetzt.

Gerd Mannes, AfD-Direktkandidat für Neu-Ulm, kommentiert dies wie folgt:

„Auch die Leitmedien in Europa waren überwiegend gegen ihn - und er hat trotzdem die Wahl gewonnen. Der Wahlsieg von Donald Trump in den USA muss Europa als Vorbild dienen. Auch wir müssen zurück zum gesunden Menschenverstand. Weltweit lehnen Wähler die Massenmigration in ihr Land, die Meinungsverbote und den Genderwahn ab. Mit einem Wahlsieg der AfD würde Deutschland ihnen zur Normalität folgen.“

Impressum & V.i.S.d.P.

Herausgeber: Gerd Mannes, Mitglied des Bayerischen Landtags
Anschrift: Max-Planck-Straße 1, 81675 München
Kontakt Daten: gerd.mannes@afd-landtag.bayern
08221-2001453

„Es geht uns ganz klar um die innere Sicherheit und die Rettung unserer Wirtschaft.“

Exklusivinterview mit dem Abgeordneten im Bayerischen Landtag Gerd Mannes

Direktkandidat für Neu-Ulm

REGIERUNGSKRISE UND NEUWAHLEN IN DEUTSCHLAND – WIE GEHT ES JETZT WEITER?

Herr Mannes, die Ampel ist Geschichte und Deutschland steuert auf Neuwahlen zu. Wie sehen Sie die Situation?

Endlich ist es vorbei. Die Ampel ist an ihrer eigenen Unfähigkeit gescheitert. Die Neuwahlen sind jetzt eine riesige Chance für Deutschland: Schluss mit Gender und unbezahlbarer Klimaideologie, keine Zensur und Bevormundung mehr. Die Wahlen in den USA haben gezeigt, dass man auch dort genug von linker Politik hat. Das sollte uns ein Vorbild sein. Für

die neue Bundesregierung muss gelten: Deutsche Interessen müssen wieder im Vordergrund stehen. Es geht um gesunden Menschenverstand statt linksgrüner Ideologie. Das wird nur mit einer Regierungsbeteiligung der AfD gehen. Kanzler Scholz hat mit der Vertrauensfrage endlich den Weg für einen Neuanfang freigemacht. Jetzt ist es Zeit für die AfD.

Wie wird sich die AfD bei den Neuwahlen aufstellen?

Außerdem im Heft:

ZEIT FÜR DEUTSCHLAND 2025 – die wichtigsten Punkte im Wahlprogramm der AfD

Weiterlesen auf Seite 3

Wenn man sich die Umfragewerte anschaut, dann dürfte die AfD bei den Neuwahlen zum Deutschen Bundestag massiv an Stimmen hinzugewinnen. Bei der vergangenen Wahl 2021 hatten wir gut zehn Prozent. Jetzt liegen wir in den Umfragen bei 21 Prozent, wir werden uns also mit etwas Glück verdoppeln. Die Bürger sind einfach nur noch genervt und enttäuscht von der Politik der Altparteien. Das Leben in Deutschland ist unerträglich teuer geworden, gleichzeitig gehen immer mehr Arbeitsplätze verloren. Autoindustrie, Landwirtschaft, Einzelhandel...überall geht es bergab und die Ampel hat diese gefährliche Entwicklung sogar noch beschleunigt.

Welche politischen Initiativen plant die AfD für den neuen Bundestag?

Es geht uns ganz klar um die innere Sicherheit und die Rettung unserer Wirtschaft. Die größte Gefahr für unseren Wohlstand liegt in der schwachen Konjunktur. Deutschland braucht als Industriestandort natürlich volle Auftragsbücher. Tatsächlich erleben wir aber gerade eine massive Flucht der Industrie ins Ausland, weil die Standortbedingungen bei uns einfach nicht mehr wettbewerbsfähig sind.

Die Energiepreise sind noch immer zu hoch, es gibt immer weniger qualifizierte Arbeitskräfte und die Steuerlast ist immens. Dazu kommen die planwirtschaftlichen Vorgaben der Kartellparteien, die zu immer mehr Unkosten und Bürokratie führen. All das wird die neue Bundestagsfraktion auf jeden Fall beschäftigen.

Zweiter Schwerpunkt der AfD wird natürlich die innere Sicherheit und damit verbunden die Migration sein. Ganze Stadtviertel in deutschen Städten sind mittlerweile No-Go-Areas mit Messerkriminalität und Raubüberfällen. Das Jahr 2024 wird als trauriger Höhepunkt von Gewaltverbrechen in Erinnerung bleiben. Solingen, Bad Oeynhausen, Mannheim – die Liste tödlicher Angriffe wird jeden Tag länger. Mittlerweile hat auch die Polizei klagemacht, dass Migranten überproportional an der Gewalt beteiligt sind. Auch der Drogen- und Menschenhandel nehmen immer weiter zu, hier sind auch viele Clans aus dem Ausland beteiligt. Die AfD wird nicht vor dieser organisierten Kriminalität zurückweichen. Wir müssen uns unser Land zurückholen – das ist mittlerweile keine Übertreibung mehr.

Herr Mannes, vielen Dank für das Gespräch.

Zeit für den Wechsel. Sehr geehrte Mitbürger, jahrzehntelang haben die Altparteien uns Bürgern leere Versprechen gemacht: „Die Rente ist sicher!“, „Die Energiewende kostet nur so viel wie eine Kugel Eis pro Monat!“, „Wir haben Platz!“ Das waren nur einige davon. Heute steht unser Staat vor dem Bankrott. Die Ampelkoalition hat es nicht einmal mehr geschafft, einen Haushalt für 2025 aufzustellen. Nur die AfD zeigt diese Fehlentwicklungen konsequent auf und bietet tragfähige Lösungen an. Am 23. Februar haben Sie die Chance, den politischen Wandel für Deutschland zu wählen. Ihr Gerd Mannes, Mitglied des Bayerischen Landtags & Ihr Direktkandidat für Neu-Ulm



Bundestagswahl am 23. Februar: Das sind die wichtigsten Punkte im Wahlprogramm der AfD

Die Alternative für Deutschland (AfD) hat bei ihrem Parteitag vom 11.-12. Januar im sächsischen Riesa ihr politisches Programm für den Deutschen Bundestag vorgestellt. Der Fokus liegt dabei auf den Bereichen Wirtschaft, Sicherheit, Migration und Energie. Nachfolgend eine Zusammenfassung der wesentlichen Forderungen und Ziele der Partei:

Arbeitsplätze und Wohlstand sichern

Die AfD kritisiert die Wirtschaftspolitik der bisherigen Regierungsparteien und warnt vor einem massiven Verlust von Arbeitsplätzen, insbesondere in der Automobil- und Zulieferindustrie. Laut der Partei sind allein durch den politischen Wandel hin zur Elektromobilität über 400.000 Stellen gefährdet. Steigende Energiepreise, hohe Steuerbelastungen und Bürokratie hätten zusätzlich zur Abwanderung von Unternehmen geführt. Die AfD fordert eine Rückkehr zu einer freien, sozialen Marktwirtschaft

und lehnt staatliche Eingriffe ab, die sie als „linksgrüne Experimente“ bezeichnet.

Sicherheit in Deutschland stärken

Die Partei sieht ein gestiegenes Unsicherheitsgefühl in der Bevölkerung. Als Gründe nennt die AfD eine Zunahme von Messerangriffen, Vergewaltigungen und organisierter Kriminalität, die sie auf Versäumnisse der bisherigen Politik zurückführt. Sie fordert eine konsequentere Anwendung bestehender Gesetze, eine Abschiebung krimineller Migranten und eine stärkere Sicherung der Grenzen. Ziel sei es, das Vertrauen der Bürger in die Justiz und Sicherheitsbehörden wiederherzustellen.

Illegale Migration begrenzen

Die Migrationspolitik Deutschlands wird von der AfD scharf kritisiert. Die Partei sieht in offenen Grenzen und einem aus ihrer Sicht missbrauchten

Asylrecht die Ursachen für steigende Kosten und soziale Spannungen. Die AfD möchte den Zugang zum Asylsystem einschränken und gleichzeitig qualifizierte Zuwanderung fördern, sofern die Migranten die Werte Deutschlands teilen und sich in den Arbeitsmarkt integrieren.

Bezahlbare Energie gewährleisten

Die Energiepolitik ist ein zentrales Anliegen der AfD. Die Partei fordert die Abschaffung der CO2-Steuer auf Heizkosten und Kraftstoffe, um die finanzielle Belastung für Haushalte und Unternehmen zu senken. Sie kritisiert die Abwanderung von Unternehmen ins Ausland aufgrund hoher Energiekosten und sieht darin eine Gefahr für Arbeitsplätze in Deutschland. Zugleich spricht sich die AfD gegen Maßnahmen aus, die sie als ineffektiv für den globalen Klimaschutz betrachtet, wie beispielsweise die Schließung von Industriebetrieben in Deutschland.



Politikwende in Österreich: Die Brandmauer ist gefallen

Die patriotisch-konservative FPÖ wurde in unserem Nachbarland im vergangenen Jahr zur stärksten Kraft gewählt. Trotzdem versuchten die übrigen Parteien – darunter auch die ÖVP, das Pendant zu deutschen CDU/CSU – eine Regierung ohne Beteiligung des Wahlsiegers zustande zu bekommen. Erfolglos! Nun öffnet sich die ÖVP einer Regierungskoalition mit der FPÖ. Bei Neuwahlen würde diese laut aktuellen Umfragen noch einmal deutlich gewinnen und auf 36 Prozent steigen.

Angesichts des gescheiterten Versuches, in Österreich ohne den Wahlgewinner FPÖ eine Regierung zu bilden, appelliert AfD-Bundessprecherin Ali-

ce Weidel an den Kanzlerkandidaten der Union, Friedrich Merz, nicht den gleichen Fehler zu machen: „Der krachende Zusammenbruch der in Österreich von der ÖVP gegen die FPÖ errichteten Brandmauer aus Wahlverlierern sollte der Union und Friedrich Merz ein warnendes Beispiel sein. Wer versucht, den eindeutigen Wählerwillen zu ignorieren, beschädigt die Demokratie und wird über kurz oder lang scheitern. Auch die von Friedrich Merz auf Druck der linken Parteien in Deutschland errichtete Brandmauer gegen die AfD wird keinen Bestand haben. Die Wähler haben für eine solche Ausgrenzungspolitik, die Parteiinteressen

über den Willen der Wähler stellt, kein Verständnis. Sie wollen, dass die Probleme unseres Landes gelöst werden. Sie wollen keine Koalition, in denen wieder linke Parteien den Ton angeben, wenn es auch eine bürgerliche Mehrheit aus Union und AfD gibt. Das Wohl unseres Landes und seiner Bürger darf nicht auf dem Altar der Parteipolitik geopfert werden: Das schadet der parlamentarischen Demokratie und wird auf Dauer nicht funktionieren. Das letzte Stündlein der ‚Brandmauer‘ wird auch bei uns bald schlagen: Es wird Zeit für Deutschland!“ Auch hierzulande könnte die „Brandmauer“ bald schon fallen.

Sahra Wagenknechts Bündnis mit den Kartellparteien

CDU, BSW und SPD haben in Thüringen ein gemeinsames Programm für eine Regierungskoalition vorgelegt. Der Inhalt dürfte besonders Wagenknecht-Fans schwer enttäuschen: In praktisch allen Politikbereichen hat sich das BSW an den Mainstream angepasst.

Die Kernforderungen der neuen Partei, zum Beispiel in der Russlandpolitik oder der Aufarbeitung der Corona-Maßnahmen, wurden in den Verhandlungen mit den Altparteien aufgegeben. So unterstützt das BSW

zum Beispiel den „klimaneutralen Umbau“ unseres Landes, obwohl damit für die Bürger alles teurer wird. Auch in der Migration hat sich das BSW den Positionen der CDU angeschlossen und spricht sogar von einer Erhöhung der landesweiten Aufnahmekapazitäten. Die Parteien haben sich auch auf eine Stärkung des Verfassungsschutzes geeinigt, obwohl Vertreter von Wagenknechts Partei noch bis vor kurzem selbst überwacht wurden. Besonders schwerwiegend ist jedoch

dieser Satz aus dem gemeinsamen Sondierungspapier: „Es gibt keine Zusammenarbeit mit der AfD.“ Damit hat Wagenknecht bewiesen, dass es ihr nicht wirklich um einen echten Wandel geht. Ihre Wähler dürften schwer enttäuscht sein. Wer wirklich eine neue Politik für unser Land will, dem bleibt nur die AfD. Das BSW hat als oppositionelles Feigenblatt längst ausgedient.